

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. Mai 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 370 Postulat Boog Luca und Mit. über eine Erste-Hilfe-Ausbildung an den Luzerner Volksschulen / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Luca Boog hält an seinem Postulat fest.

Luca Boog: Notfallsituationen können überall und in allen Lebenssituationen eintreten. Sie nehmen keine gesellschaftliche Schicht oder Altersklasse aus. Deshalb ist es aus meiner Sicht und auch der Mitte-Fraktion essenziell, dass gerade junge Menschen wissen, wie man in Notfallsituationen handeln sollte. Hand aufs Herz: Wissen Sie genau, wie man in einer Notfallsituation handelt? Erste Hilfe rettet Leben, und zwar oft in den ersten entscheidenden Minuten oder sogar Sekunden, bevor die professionellen Rettungskräfte eintreffen. Wenn also jemand weiss, wie handeln, kann das effektiv Leben retten. Deshalb ist die Forderung meines Prüfauftrags weit mehr als einfach neuer Schulstoff, sondern wortwörtlich eine Lektion fürs Leben. Ich fordere kein neues oder separates Schulfach, sondern den Einbezug des Lerninhalts in bestehende Fächer wie beispielsweise Lebenskunde oder Allgemeinbildung. Bereits heute gibt es entsprechende Programme oder man könnte die örtlichen Vereine wie einen Samariterverein in diesen Lerninhalt einbauen. Somit würde gleichzeitig die Milizarbeit und das Engagement vor Ort gestärkt und für die Schülerinnen und Schüler erlebbar gemacht. Handlungsspielraum ist gegeben. Erfahrungen aus anderen Ländern und Regionen zeigen, dass eine schulische Ausbildung nicht nur funktioniert, sondern auch wirkt. In skandinavischen Ländern wie Dänemark oder Norwegen ist eine Reanimationsausbildung seit Jahren fester Bestandteil des Schulunterrichts. Die Folgen sind messbar. Seit der Einführung ist die Laienreanimationsrate deutlich höher. Das ist schlussendlich auch messbar an den Überlebenschancen bei Herzstillstand. Auch einige deutsche Bundesländer sind diesen guten Beispielen kürzlich gefolgt, haben den gleichen Schluss gezogen und eine Erste-Hilfe-Ausbildung in den Unterricht aufgenommen. Der Kanton Luzern könnte folgen und schweizweit zum Pionierkanton werden. Die Mitte-Fraktion ist einstimmig der Überzeugung, dass es wichtig ist, junge Menschen in Gesundheitsfragen früh zu befähigen, um die Sicherheit von uns allen nachhaltig zu verbessern oder um es sprichwörtlich zu sagen: Aus unserer Sicht ist diese Forderung eine gut investierte Lektion fürs Leben.

Ronny Beck: Das Anliegen ist nachvollziehbar. Erste-Hilfe-Kenntnisse können Leben retten. Es ist sinnvoll, junge Menschen früh im Umgang mit Notfällen zu sensibilisieren. Gleichzeitig zeigt die Stellungnahme des Regierungsrates klar auf, dass dieses Thema bereits heute Teil des Unterrichts ist. Der Lehrplan verlangt ausdrücklich, dass Schülerinnen und Schüler lernen,

Gefahrensituationen zu erkennen und im Notfall richtig zu handeln. Viele Schulen setzen das bereits mit Projekten, Kursen oder Kooperationen mit Organisationen wie der Rega oder dem Samariterverein um. Für die FDP-Fraktion ist entscheidend, dass der Lehrplan nicht ständig mit neuen obligatorischen Modulen erweitert wird. Die Volksschule hat bereits einen sehr dichten Bildungsauftrag. Jede zusätzliche Pflicht führt zu mehr Kosten, mehr organisatorischem Aufwand und weniger pädagogischer Flexibilität. Aus diesen Gründen unterstützt die FDP-Fraktion die Haltung des Regierungsrates und lehnt das Postulat ab.

Claudia Senn-Marty: Das Anliegen ist auf den ersten Blick sehr sinnvoll und sympathisch: Erste Hilfe kann Leben retten. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass junge Menschen lernen, in Notfällen nicht wegzuschauen oder sogar zu filmen, sondern richtig zu handeln. Auch aus Sicht der GLP-Fraktion ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Gesundheit und Sicherheit ein wichtiger Teil einer guten Allgemeinbildung. Gleichzeitig müssen wir aber sorgfältig prüfen, welche Aufgaben wir der Volksschule zusätzlich übertragen wollen. Unsere Schulen leisten bereits heute sehr viel und der Lehrplan ist sehr dicht. Deshalb ist es aus unserer Sicht nicht sinnvoll, für jedes wichtige Thema nochmals ein neues obligatorisches Modul einzuführen. Der Regierungsrat zeigt überzeugend auf, dass das Thema Erste Hilfe bereits heute Bestandteil des Unterrichts ist. Im Rahmen des Lehrplans 21 lernen Schülerinnen und Schüler Gefahren zu erkennen, richtig zu reagieren und Hilfe zu holen. Erste Hilfe und der Umgang mit Risiko- oder Notsituationen sind im Lehrplan 21 zwar keine eigenen, so betitelten Module, werden aber inhaltlich bereits an mehreren Stellen abgedeckt. Vor allem in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Körper, Bewegung und Sport. Zudem nutzen viele Schulen schon heute bereits bestehende Programme, Projekttag und Kooperationen mit Organisationen wie dem Samariterverein oder Rettungsdiensten. Diese praxisnahen Angebote funktionieren und lassen den Schulen gleichzeitig den nötigen Spielraum. Gerade dieser Handlungsspielraum ist aus unserer Sicht wichtig. Schulen sollen Themen wie Erste Hilfe flexibel, altersgerecht und in passenden Unterrichtssituationen behandeln können, statt durch zusätzlich verpflichtende Module weiter reguliert zu werden. Eine flächendeckende Einführung eines neuen Moduls würde zudem zusätzliche Kosten verursachen. Neue Verpflichtungen sollen aber nur dann geschaffen werden, wenn ein klarer Mehrwert gegenüber der heutigen Praxis zu erkennen ist. Das Ziel des Postulats ist absolut richtig, aber der vorgeschlagene Weg überzeugt uns nicht. Erste Hilfe hat bereits heute ihren Platz im Unterricht und die Schulen haben genügend Möglichkeiten, dieses wichtige Thema praxisnah zu vermitteln. Aus den genannten Gründen lehnt die GLP-Fraktion das Postulat ab.

Lisa Zanolla: Die SVP-Fraktion anerkennt, dass Erste-Hilfe-Kenntnisse für Kinder und Jugendliche wichtig sind, damit sie in Notfallsituationen richtig handeln können. Es ist sinnvoll, junge Menschen stufengerecht für Notsituationen zu sensibilisieren und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken. Die angestrebten Ziele werden jedoch bereits heute erreicht. Der Lehrplan 21 enthält entsprechende Vorgaben, damit im Unterricht – insbesondere in Bewegung und Sport, bei Projekttagen sowie durch Angebote von Partnerorganisationen wie Samaritervereinen oder der Rega – praxisnahes Wissen vermittelt wird. Ergänzend erwerben viele Jugendliche ausserhalb der Schule wichtige Erfahrungen, etwa in Nothelferkursen oder durch Freizeitaktivitäten. Ein verpflichtendes zusätzliches Kurzmodul würde die bewährte heutige integrative Umsetzung im Unterricht durchbrechen, den Stundenplan weiter belasten und erhebliche Kosten verursachen, ohne dass ein klarer Mehrwert ersichtlich wäre. Zudem wären zusätzliche Anforderungen an die Ausbildung der Lehrpersonen notwendig. Die SVP-Fraktion ist deshalb der Auffassung, dass die bestehenden Lösungen ausreichend sind und die Förderung der Eigenverantwortung weiterhin über flexible und freiwillige Angebote erfolgen soll. Aus diesen Gründen unterstützen wir die Ablehnung des Postulats.

Irina Studhalter: Nein, Kinder müssen nicht wissen, wie eine Herzrhythmusmassage funktioniert und sie müssen auch keinen Defibrillator bedienen können. Das wäre zu viel Verantwortung und es wäre nicht kindsgerecht. Aber Kinder können üben, was sie im Notfall tun müssen: Wann wohin flüchten und wie alarmieren. Ich kann mich erinnern, als wir in der Primarschule im Schulhaus Bündtmättli in Malters eine Evakuationsübung durchgeführt haben. Die kleine Irina hat auf ihre Freundin Sara gewartet, da sie alles zusammen gemacht haben. Natürlich geht man dann auch zusammen nach draussen. Das Schöne daran war, dass sich die kleine Irina – so wie wir alle – keine Notfälle gewohnt war. Das ist ein Privileg. Wegen dieses Privilegs müssen wir üben, wie zu handeln ist, wenn es schnell gehen muss. Das ist eine Übungssache und muss immer wieder wiederholt werden. Die Grüne Fraktion unterstützt daher das Anliegen des Postulanten und fordert eine lehrplankonforme, praxisorientierte und kostenbewusste Umsetzung.

Sabine Heselhaus: Ich unterstütze dieses Postulat ausdrücklich, weil es ein zentrales Anliegen der Gesundheitsversorgung aufgreift, nämlich die Stärkung der Gesundheitskompetenz bereits im Kindes- und Jugendalter. Erste Hilfe gehört zur grundlegenden Allgemeinbildung. In einer Notfallsituation können einfache Massnahmen darüber entscheiden, ob ein Mensch überlebt oder bleibende Schäden erleidet. Die Argumentation des Regierungsrates, dass entsprechende Inhalte bereits im Lehrplan verankert seien, greift aus meiner Sicht zu kurz. Zwischen theoretischer Verankerung und praktischer Handlungskompetenz besteht ein wesentlicher Unterschied. Erste Hilfe muss geübt werden, sie braucht Wiederholungen, Sicherheit und die Fähigkeit, in einer konkreten Situation tatsächlich zu handeln. Genau das kann durch ein klar strukturiertes, praxisnahes Modul erreicht werden. Aus medizinischer Sicht wissen wir, dass frühes Eingreifen entscheidend ist, sei es bei Herz-Kreislauf-Stillständen, Unfällen oder anderen Notfällen. Gleichzeitig sehen wir, dass viele Menschen unsicher sind und nicht handeln. Hier anzusetzen, und zwar frühzeitig, ist eine der effektivsten präventiven Massnahmen überhaupt. Sie ist kostengünstig im Vergleich zu den Folgekosten und vor allem von grossem Nutzen für die Bevölkerung. Darüber hinaus geht es um viel mehr als nur Erste Hilfe. Es geht um eine umfassendere Gesundheitsbildung, um ein Verständnis für den eigenen Körper und einen verantwortungsvollen Umgang miteinander. Erste Hilfe kann ein Einstieg in diese Themen sein und einen wichtigen Beitrag dazu leisten, junge Menschen zu befähigen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir hier nicht auf bestehende punktuelle Angebote oder Freiwilligkeit setzen sollten. Es braucht eine verbindliche, qualitativ gesicherte Umsetzung, damit alle Schülerinnen und Schüler im Kanton Luzern diese grundlegenden Kompetenzen erwerben können. Dieses Postulat ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Ich engagiere mich bei den Samaritern in Adligenswil als Ärztin. Ich weiss, wie die Altersstruktur in diesem Verein aussieht, und ich weiss auch, dass die Zukunft nicht gesichert ist. Dieses Postulat ist wichtig, um auch hier vielleicht ein Zeichen zu setzen, um junge Menschen zu animieren, sich in einem solchen Verein vielleicht später zu engagieren. Ich plädiere deshalb für die Erheblicherklärung.

Sara Muff: Wissen kann Leben retten. Ein medizinischer Notfall kann uns alle treffen: auf dem Schulweg, im Sport, zu Hause. Dann zählt jede Minute. Gerade bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand entscheidet rasches Handeln darüber, ob und mit welchen Folgen jemand überlebt oder nicht. Es ist richtig und wichtig, dass wir Schülerinnen und Schüler befähigen, in Notfallsituationen zu handeln. Erste Hilfe gehört zur Allgemeinbildung. Wer helfen kann übernimmt Verantwortung für sich selbst und für andere. Zudem werden die Schülerinnen und Schüler auch zu Hause über das Gelernte sprechen und im besten Fall wird das Gelernte so weitergegeben. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass dieses Anliegen

nicht neu ist. Wir haben bereits 2021 einen Vorstoss eingereicht, der in eine sehr ähnliche Richtung ging mit dem klaren Fokus auf Basic Life Support (BLS), also Wiederbelebung und Defibrillation. Genau hier liegt ein entscheidender Punkt. Die Regierung argumentiert, dass Erste Hilfe bereits im Lehrplan 21 verankert ist. Formal stimmt das, aber fachlich greift diese Argumentation zu kurz. Es ist tatsächlich ein Unterschied, ob Schülerinnen und Schüler theoretisch wissen, dass man vielleicht helfen sollte oder ob sie im Ernstfall auch tatsächlich praktisch handeln können. Internationale und nationale Fachgremien wie der europäische und der schweizerische Wiederbelebungsrat empfehlen klar, Jugendliche ab 12 Jahren systematisch in Wiederbelebungsmaßnahmen unter Anwendung von AED, einem automatisierten externen Defibrillator, wiederkehrend zu schulen. Solche Massnahmen sind nicht einfach Nice-to-have, sondern es geht um hoch zeitkritische Kompetenzen, die nachweislich auch über Leben und Tod entscheiden können. Die heutige Praxis ist zu wenig verbindlich und zu zufällig. Ob eine jugendliche Person weiss, wie man reanimiert, hängt heute oft davon ab, ob er oder sie privat einen Kurs besucht hat. Das genügt aus Public-Health-Sicht nicht. Dieses Postulat geht in die richtige Richtung. Es schafft die Basis, dass alle Jugendlichen die grundlegenden Kompetenzen in Erster Hilfe erwerben. Ich bin überzeugt: Wenn wir hier investieren, dann investieren wir in eine Bevölkerung im Kanton, die handeln kann, wenn es darauf ankommt. Die SP-Fraktion stimmt daher der Erheblicherklärung grossmehrheitlich zu.

Urban Sager: Ich spreche für eine Minderheit der SP-Fraktion, die das Postulat ablehnt. Das Anliegen ist selbstverständlich berechtigt. Das Problem ist hier aber, dass wir über ein konkretes Einzelthema sprechen, dass zwar seine Berechtigung hat, es aber nicht die Flughöhe des Kantonsrates sein kann, solche Einzelthemen über ein Postulat in die Schulen hineinzutragen. Der Regierungsrat hat das in seiner Stellungnahme richtig ausgeführt. Das Thema findet im Rahmen des Lehrplans in einer umfassenden Art und Weise statt. Das ist auch die Art und Weise, wie wir die Schule und ihren Inhalt entsprechend steuern, nämlich nicht durch gezielt gesetzte Einzelthemen, die wir beschliessen. Dieser Lehrplan ist nicht nur theoretisch – diesbezüglich widerspreche ich Sabine Heselhaus –, sondern praktisch, weil er kompetenzorientiert ist. Beim vorliegenden Thema geht es darum, die praktische Übung in ihrer Wiederholung entsprechend einzuüben. Das ist etwas, was wir von der SP-Fraktion bereits früher erkannt haben. Sara Muff hatte einen entsprechenden Vorstoss zum Thema BLS eingereicht, also dem konkreten Einüben dieser lebensrettenden Massnahmen. Das wäre meines Erachtens eine Möglichkeit gewesen, diesen konkreten praktischen Teil in den Schulen zu verankern. Die Mehrheit des Rates hat das Postulat abgelehnt, leider auch die Mitte-Fraktion. Jetzt kommen Sie mit einem neuen Vorstoss, der aber umfassender ist. Wenn wir das Weiterdenken, dann kommt an der nächsten Session ein weiteres, unglaublich wichtiges Thema, zum Beispiel die Ernährung, die politische Bildung oder was Sie persönlich als wichtig erachten. In diesem Fall diskutieren wir darüber, ob wir ein solches Modul in den Schulen einführen sollen. Das ist nicht die Art und Weise, wie wir die Bildung in unserem Kanton steuern wollen. Entsprechend lehnt eine Minderheit der SP-Fraktion das Postulat ab.

Sabine Heselhaus: Es geht hier nicht um ein Einzelthema, sondern um die Gesundheitskompetenz. Die kann meiner Meinung nach nicht allein durch die Lehrperson vermittelt werden. Es wäre deshalb wichtig, Menschen aus Gesundheitsberufen in das Bildungssystem mit einzubeziehen. Das kostet nicht so viel im Vergleich zu dem, was es der Gesellschaft bringt.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Ich glaube, Sie alle teilen die Haltung der Regierung, dass wir das Ziel dieses Postulats grundsätzlich anerkennen. Ein altersgerechter Umgang mit

Notfallsituationen ist wichtig. Unsere Lernenden sollen erkennen und ohne Angst wissen, wie sie sich in einem solchen Fall verhalten müssen. Das Thema ist im Lehrplan verankert und wird an den Schulen entsprechend umgesetzt. Deshalb glauben wir, dass kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht. Urban Sager hat mir ein bisschen aus dem Herzen gesprochen, wenn er sagt, dass die Schule nicht noch mehr übernehmen kann und es falsch ist, wenn wir über den Kantonsrat Themen verpflichtend in die Schulen einpflanzen. Die Stundenpläne sind voll und wir müssen den Mut haben, zu entschlacken. Ich habe weder einen Vorstoss gelesen noch eine Vertretung im Parlament gehört, die verlangt hat, auf einen Inhalt zu verzichten. Die Schule soll immer noch mehr, und alle erachten die Belastung als zu hoch. Das Thema ist zwar wichtig, aber auf dem heutigen Level schenken wir ihm genügend Beachtung. Die Schulen wissen, was nötig ist und setzen es gemäss Lehrplan um. Den Vergleich mit Skandinavien kann man ziehen. Viele Diskussionen wären aber mit der Umsetzung davon verbunden, denn dort wird namentlich auf die Atemspende verzichtet. Das entspricht nicht dem, wie wir es in der Schweiz handhaben und würde zu grossen Diskussionen führen, Luca Boog. Ronny Boog hat verlangt, auf neue Aufgaben zu verzichten, das ist auch die Haltung der Regierung. Auch Claudia Senn-Marty hat darauf hingewiesen. Wichtig ist, dass die Lernenden Hilfe holen können, darauf haben verschiedene Rednerinnen und Redner hingewiesen. Zudem braucht es eine praxisnahe Umsetzung mit dem entsprechenden Handlungsspielraum für die Schulen. Das ist uns sehr wichtig. So handhaben wir es mit allen wichtigen Themen. Es gibt ja sehr viele wichtige Themen und die Interessengruppen haben zu Recht das Gefühl, dass ihr Anliegen das Wichtigste sei. Aber wir steuern das Bildungssystem als Ganzes und müssen deshalb für eine einheitliche Umsetzung dieser Interessen besorgt sein. Dazu gehört auch der Handlungsspielraum der Schulen. Die hier angesprochenen Themen gehören zu den Grundansprüchen des Lehrplans und werden überall umgesetzt. Das ist das, was wir tun können und wie es unser System vorsieht. Wie von Lisa Zanolla erklärt, kommen im weiteren Leben viele ausserhalb der Schule mit diesen Themen in Verbindung. Das dürfen wir auch erwarten. Ich glaube, dass das heutige System funktioniert. Irina Studhalters Ausführungen waren zwar gut, aber leider kommt sie mit der Erheblicherklärung zum falschen Schluss. Aber was sie gesagt hat, das kann ich sehr gut nachvollziehen. Ein Thema, das wir noch besprechen müssen, ist die Weiterbildung der Lehrpersonen und die Wiederholung. Davon haben einige von Ihnen gesprochen, namentlich Sabine Heselhaus. Das Ganze ist nicht mit einem Modul getan, sondern muss immer wieder geübt werden. Das würde substantiell zu einer Mehrbelastung des Schulbetriebs führen. Wir können nicht einfach davon ausgehen, dass die Luzerner Lösung von allen Lehrpersonen bereits erfüllt wird. Das würde zu einem systematischen Mehraufwand führen. Wir glauben, dass das schlicht und einfach die falsche Lösung ist und das heutige System genügt. Darüber hinaus muss ich Sie an die finanzielle Ausgangslage erinnern, die anspruchsvoll ist, mit den Mengenentwicklungen, denen wir gegenüberstehen. Daher wird es umso wichtiger, dass wir die Mittel, die wir haben, gezielt für den Grundauftrag einsetzen und nicht in komplexe, teure Zusatzmodule investieren, die am Schluss wenig Mehrwert bringen. Deshalb empfiehlt Ihnen die Regierung, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 59 zu 56 Stimmen ab.